

# Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

«Wir müssen draussen bleiben!»

2

Deutschland auf Sinkflug

15

Schweizer Armee in der  
Konzeptions-Sackgasse

16

Berner Münster – am 23. Oktober 2021

Bild: Denise Betschart, Flaach ZH



Nein zur Spaltung der Gesellschaft

# «Wir müssen draussen bleiben!»

von Siegfried Hettegger, Aktionsbündnis Urkantone und Co-Kampagnenleiter des Komitees «Gefährliche Covid-Verschärfung NEIN»

Claudia, eine Bekannte von mir, war am Boden zerstört. Bei schönstem Herbstwetter hatte sie mit ihrem Mann an einer geführten Wanderung des Rotary-Clubs teilgenommen. Alle waren in bester Stimmung. Auf dem Gipfel ging die Gruppe ins Restaurant und liess die beiden einfach draussen stehen – denn beide hatten kein Covid-Zertifikat.



Claudia berichtete: Sie hatte sich schon lange nicht mehr so schlecht gefühlt. Abgestellt. Wie Hunde: «Wir müssen draussen bleiben!». Und sie bemerkte, wie in ihrem Inneren eine Scham hochkroch.

Erst als sie die Herkunft dieses Gefühls erkannte und es einordnen konnte, kam sie damit zurecht. Es war die Diskriminierung,

die Ausgrenzung. So etwas hätte sie sich bisher nicht vorstellen können. Was sie hier erlebte, war nicht mehr die freie Schweiz, in der sie aufgewachsen war.

## Wirtschaftliche und seelische Schäden

Die Corona-Zwangsmassnahmen richten nicht nur einen wirtschaftlichen Schaden an, sie schädigen die Menschen auch tief in ihrer Seele. Sie drücken auf die Selbstachtung. Denn mit der Ausweitung der Zertifikatspflicht wurde die Gesellschaft gespalten. Die Geimpften sind die «Guten» und die Ungeimpften die «Bösen». Die Ungeimpften werden praktisch, weil das Testen auf Dauer keine Lösung ist, ausgeschlossen – von einem grossen Teil des öffentlichen Lebens, vom Berufsleben, von Studium und Ausbildung. Gesundheitspersonal wie Flugbegleiter werden gekündigt und verlieren ihren Job, wenn

sie sich nicht impfen lassen. Mit der Zertifikatspflicht werden Familien zerrissen und Sportlergruppen dezimiert, Freundschaften brechen. Vereine können nicht mehr alle Mitglieder versammeln, und das Vereinsleben ist gestört.

## Stimmungsmache gegen Ungeimpfte

Gleichzeitig wird in

den Medien Stimmung gegen die Ungeimpften gemacht, sie werden zu Sündenböcken erklärt und sind an der Misere schuld. Ist an diesen Vorwürfen etwas dran?

Für den allergrössten Teil der Bevölkerung ist Covid kein ernsthaftes Risiko. Und seitdem sich jeder impfen lassen kann, kann sich jeder, der das will, damit gegen Covid schützen. Wer sich nicht impfen lassen will, trägt das Risiko selbst. Damit fällt jeder Vorwand für Covid-Zwangsmassnahmen weg.

An ihre Stelle müssen wieder Selbstbestimmung und Eigenverantwortung treten. Das vielbemühte Argument der Solidarität zieht nicht mehr, denn jeder trägt ja sein Risiko selbst, genauso wie beispielsweise Snowboarder oder Raucher. Die angebe-



*Alle Menschen sind gleichwertig. Egal, ob sie geimpft oder ungeimpft sind. Die gefährliche Covid-Verschärfung will diesen Grundsatz zerstören!*

**Albert Einstein  
in der Schweiz**

Taschenbuch ISBN: 978-3-7494-7713-5

**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO  
Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: info@zanettispecialita.ch  
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

liche Überlastung der Spitäler ist längst als Propaganda entlarvt worden und wird durch die massive Reduktion der Intensivbetten in einer angeblichen Pandemiephase nicht glaubwürdig.



*Die Schweiz ist eine Willensnation. Wir sind stark, weil uns viel verbindet. Doch die Covid-Verschärfung spaltet die Gesellschaft.*

Der Bundesrat meint, dass dann keine starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen mehr zu rechtfertigen sind. Die verbleibenden Massnahmen (Zugangs- und Kapazitätsbeschränkungen) sollen schrittweise aufgehoben werden. An dieser Strategie soll auch dann festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen der Erwartungen tief bleibt.»

#### O-Ton Bundesrat ...

Das sagte der Bundesrat am 21. April 2021: «Sind alle impfwilligen erwachsenen Personen vollständig geimpft, beginnt die Normalisierungsphase.

Der Bundesrat meint, dass dann keine starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen mehr zu rechtfertigen sind. Die verbleibenden Massnahmen (Zugangs- und Kapazitätsbeschränkungen) sollen schrittweise aufgehoben werden. An dieser Strategie soll auch dann festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen der Erwartungen tief bleibt.»

#### ... und Wortbruch

Der Bundesrat hat sein Wort gebrochen. Die «Normalisierungsphase» wurde ausgerufen, von Normalisierung aber keine Spur! Statt die Corona-Zwangsmassnahmen endlich aufzuheben, wurden sie im Gegenteil verschärft.

Am 28. November hat nun der Souverän die Möglichkeit,

die Verschärfungen des Covid-Gesetzes an der Urne zu versenken. Es geht um folgende Massnahmen:

1. **Das Covid-Zertifikat.** Es führt zu einem indirekten Impfwang und zu einer Spaltung der Gesellschaft. Zwei Millionen Schweizerinnen und Schweizer werden diskriminiert.

2. **Massenüberwachung.** Die umfassende digitale Kontakte-Nachverfolgung, Kontaktdaten-Erhebung, Tests



*Ob geimpft oder ungeimpft: Wer für eine offene und freie Gesellschaft ist, stimmt NEIN zur gefährlichen Covid-Verschärfung!*

Fortsetzung auf Seite 5

**Die Zahlenspiele der linken Medienfritzen (Die effektive Teilnehmerzahl: 30'000)**

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl





# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



# KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

und Covid-Zertifikate führen zu einer grossflächigen Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung.

3. Die **Quarantäne für Ungeimpfte** wird als weitere Diskriminierung eingeführt.

4. **Machtausbau des Bundesrates.** Der Bundesrat entscheidet darüber, nach welchen Kriterien Corona-Massnahmen verhängt oder aufgehoben werden. Statt eines weiteren Ausbaus der Machtfülle müsste diese schleunigst wieder zurückgebaut werden.

Diese Gründe sprechen für ein NEIN am 28. November 2021!

*Siegfried Hettegger*

## Churz & Bündig

Vor etwa drei Monaten predigte Alain Berset, Gesundheitsminister: Wenn alle, die das wollen, geimpft sind, können alle Corona-Beschränkungsmassnahmen aufgehoben werden. Das damals so gesetzte Impfziel ist längst erreicht, die Diskriminierungsmassnahmen gegen nicht ganz Botmässige indessen strenger denn je. Und jetzt setzt Bundesrat Berset den Höhepunkt: Impfbzertifikate sollen bald einmal achtzehn Monate lang Freiheit sichern. Also will der, der die Aufhebung aller Einschränkungen angekündigt hat, wenn alle Impfwilligen geimpft seien, sein Diskriminierungskonzept noch mindestens achtzehn Monate lang ausleben. So kann man sich auf bundesrätliche Versprechungen verlassen!

\*

An der massiven Bauland-Verteuerung sei das «knappe Bauland» schuld. Das behaupten die Medien. Aber es ist zweifache Desinformation. Warum ist das Bauland knapp? Klar: Folge der Masseneinwanderung! Und warum steigen europaweit die Bodenpreise in astronomische Höhe? Weil die Europäische Zentralbank (EZB), um den marktuntauglichen Euro über Wasser zu halten, die Finanzmärkte täglich mit neugeschaffenen Milliarden flutet – ohne dass die Wirtschaft auch nur annähernd in gleichem Wert zusätzliche Produkte und Dienstleistungen anzubieten hat.

us

## Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**

Inserate-Akquise

SVP-Delegierter

AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch

## Jetzt baerbockt's



Energie-Pflichtlager seien anzulegen – indem das Stausee-Wasser im Sommer nicht in Strom verwandelt, vielmehr für die Produktion von Winterstrom aufgespart werde ...

So belehrt unsere Energieministerin derzeit die Öffentlichkeit. Hat sie wirklich keine Ahnung, wie Speicherkraftwerke, gespeisen aus Stauseen, funktionieren? Dass mit der präzisen Steuerung der Wasserzuführung aus Stauseen auf die Turbinen in den Kraftwerken die Stromproduktion in der Schweiz fast auf die Minute genau dem stets wechselnden Bedarf angepasst werden kann? Wenn um die volle Stunde wohl über hundert Lokomotiven gemäss landesweitem Taktfahrplan Züge in Bewegung setzen, decken die Speicherkraftwerke genau zu diesem Zeitpunkt für die Anfahrt all dieser Züge den absoluten Spitzenbedarf an Strom. Nur Minuten später wird deutlich weniger Strom benötigt. Das heisst: Damit das Netz keinesfalls überlastet wird, werden einzelne Turbinen reduziert oder gar abgeschaltet. Die Wasserzufuhr wird entsprechend verringert.

Spalte  
rechts

Das funktioniert dank sorgfältiger Steuerung des Wasserzuflusses aus den Stauseen. So kann Strom, wenn er teuer ist, auch gewinnbringend exportiert werden. Mit dem billigen Nachtstrom aber wird in der folgenden Nacht das für Spitzenbedarf tagsüber benötigte Wasser aus unteren Seen wieder in die höchstgelegenen Stauseen gepumpt – damit 365 Tage im Jahr immer der genau benötigte Strom geliefert werden kann.

So läuft unter anderem der öffentliche Verkehr – eigentlich Liebling von Frau Sommaruga.

Diese aber verlangt, dass im Sommer möglichst aller Strom aus Sonnenkollektoren bezogen werden soll. Vergisst sie dabei tatsächlich, dass dieser Sonnenstrom nicht gespeichert, nicht bis zum kommenden Winter «in Kästen aufbewahrt» werden kann? Im Gegenteil: Fällt gleichzeitig auch aus Windrädern viel Strom an, drohen Stromnetze infolge Überproduktion zu kollabieren – so dass, wie auch schon, europaweit im Hochsommer die Weichenheizungen aller Bahnen angeworfen werden müssen.

Wenn Politiker glauben, in Stromfragen gescheiter zu sein als Ingenieure, dann beginnt's offensichtlich nur allzu rasch zu baerbocken ...

*Ulrich Schlier*



## DIE 4x4-STARS DER SCHWEIZ.

Jetzt beim Forester 4x4  
und Subaru XV 4x4 profitieren.

★★★★★ **5 STAR EDITION**

- ★ GROSSE PREISVORTEILE
- ★ CASH-BONUS CHF 1500.-
- ★ PREMIUM BODENTEPPICHE
- ★ 5 JAHRE GARANTIE
- ★ 5 JAHRE GRATISERVICE

**5505.-** CHF

KUNDENVORTEIL\*



subaru.ch



\* Zum Beispiel abgebildetes Forester-Modell: Subaru Forester 2.0i e-BOXER AWD Luxury, 150/16,7 PS, Energieeffizienz-Kategorie E, CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert 185 g/km, Treibstoffverbrauch kombiniert 8,1 l/100 km, CHF 45'650.- (inkl. Metallic-Farbe, Cash-Bonus von CHF 1500.- bereits abgezogen). Kundenvorteil: Service-Paket, Garantie-Paket, Cash-Bonus, Bodenteppiche. Ausgenommen: Modelle Advantage. Aktion gültig bis 31.12.2021.  
**SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00.** Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 7,7% MwSt. Preisänderungen vorbehalten.



emilfrey.ch

Covid-Gesetz und Rechtsstaat

# Corona-Ermächtigungsgesetze

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Der weitherum geschätzte ehemalige Rechtsprofessor Karl Spühler bezeichnet das Covid-Gesetz kurz und bündig als «verfassungswidrig». Und der bekannte Professor Niggli vergleicht das Epidemiegesetz gar mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis.



Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, offiziell das «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich», ging die gesetzgebende Gewalt de facto vollständig an Adolf Hitler über.

Wenn nun ein Dr. iur., Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie, diese Parallele zu Teilen der

Covid-Gesetzgebung zieht, wie er das in einem aktuellen Beitrag gemacht hat, so muss uns das zu denken geben. Die Schweizerzeit hat deshalb das Covid-19-Gesetz und das Epidemiegesetz EpG unter die Lupe genommen.

## Unbegrenzt

Das Covid-19-Gesetz gestattet es, den demokratischen Weg via Parlament und Referendum zu umgehen. Es gibt der Exekutive umfassende Vollmachten, ja das ausgebaute Vollmachtenregime der Exekutive soll unbegrenzt, in fast jeder Lage gelten, obwohl das nur mit einer Änderung der Bundesverfassung möglich wäre. Zudem wäre der Bundesrat eigentlich nicht befugt, unter Berufung auf die so genannte «besondere Lage» zeitlich unbefristet in eigener Kompetenz Massnahmen anzuordnen. Die «besondere Lage» gilt aber bereits seit Mitte Juni 2020 und wurde per 26. Juni 2021 gar weiterhin unbefristet in Kraft gesetzt!

## Antiföderalistisch

Für die Annahme einer «besonderen Lage» – welche dem Bund das Recht zu Massnahmen gegenüber der Bevölkerung wie Impfpflichten verleiht – gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. b des Epidemiegesetzes (EpG) genügt jede mögliche Gesundheitsgefährdung. Dabei ist nicht erforderlich, dass die ordentlichen Vollzugsorgane – sprich die Kantone – nicht in der Lage sind, den Ausbruch und die Verbreitung übertragbarer Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. Somit kann der Bund die Kantone entmachten, wann immer die WHO irgendwo in der Welt eine gesundheitliche Notlage von internationaler Bedeutung feststellt. Inklusive Vollmachtenregime.

## Verfassungswidrig

Die zwangsweise Durchsetzung einer allgemeinen «Impfpflicht» wird durch das EpG explizit

Covid-Gesetz:

## Verfassungswidrig

von Karl Spühler, Prof. Dr. iur., ehem. Bundesrichter, Winterthur

Das Covid-Gesetz kommt am 28. November 2021 zur Volksabstimmung. Eine sorgfältige Analyse: verfassung nicht standhält.



Die sogenannten «Freunde der Verfassung» haben mit rund 187'000 Unterschriften das Referendum eingereicht. Diese hohe Zahl bildet ein Indiz dafür, dass etwas nicht stimmt. Stein des Anstosses bildet die grundsätzlich unbefristete Schaffung der gesetzlichen Grundlage für das Covid-Zertifikat. Dieses dokumentiert eine Covid-19-Impfung, «eine durchgemachte Erkrankung

oder ein negatives Testergebnis und soll erst den Zutritt in Restaurants und gewissen gesellschaftlichen, kultu-

### Ausnahmen

Sorgfältig und in Kenntnischen Verhältnisse erkannte Ausnahmen bestünden. Dafften Rechtsprechung des Bundes sind aber nur massgeblich, heisst ihrerseits konform mit haben vor allem Art. 10 Abs zu entsprechen.

Eine Impfung bildet klar eine Unversehrtheit. Sie bedauverständnis der betroffenen

«Verfassungswidrig» Prof. Spühler in der letzten Schweizerzeit

ausgeschlossen. In der Botschaft des Bundesrates dazu wurde zwar beteuert, dass ein Impfwang ausgeschlossen sei. Um sein Ziel einer möglichst hohen Durchimpfung der breiten Bevölkerung zu erreichen, schuf er aber den indirekten Impfwang. Wer sich nicht zertifizieren lässt, wird seit Mitte September vom sozialen Leben vollständig ausgeschlossen.

Dieser indirekte Impfwang ist nach Professor Spühler und allen verfassungstreuen Rechtsgelehrten klar verfassungswidrig.

## Ermächtigend

Die unzähligen Verordnungen des Bundesrates und das Covid-19-Gesetz verstärken noch die extremen Machtbefugnisse, welche das Epidemiegesetz der Exekutive verleiht. Professor Niggli erkennt in der Generalklausel von Art. 7 EpG («Wenn es eine ausserordentliche Lage erfordert, kann der Bundesrat für das ganze Land oder für einzelne Landesteile die notwendigen Massnahmen anordnen») eine Parallele zum Ermächtigungsgesetz der Nazis.

Auch wenn einem Vergleiche mit dem Deutschland der dreissiger Jahre nicht behagen und man diese ablehnt, so muss man immerhin erkennen, dass das Parlament wie damals in einer tatsächlichen oder vermeintlichen Krise der Exekutive zu viel Macht verlieh.

Das Volk hat nun die Möglichkeit, zumindest einen Teil dieser Machtverschiebung rückgängig zu machen. Ich stimme deshalb im November Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes.

Hermann Lei

## Leserbrieife

### Nein zur links-grünen Stadtpolitik

Wieso regiert in den Städten mehrheitlich Links-Grün? Weil viele in den Städten Stimmberechtigte via Umverteilung öffentlicher Mittel von Leuten und Unternehmungen finanziert werden, die entweder in der Stadt gar nicht mitbestimmen können (Unternehmungen, Kantonsbevölkerung) oder in einer extremen Minderheitsposition sind (Reiche). Viele Leute in den A-Städten (Alte, Arbeitslose, Ausgesteuerte, Auszubildende) sind auf Umverteilung angewiesen! Sie brauchen viel mehr soziale Unterstützung und öffentliche kulturelle Leistungen als der übrige Teil der Bevölkerung, finanziert durch die öffentliche Hand oder durch Sozialversicherungen. Und wer liefert das viele Steuergeld in den Städten? Sind das nicht vor allem die Unternehmungen, einige wenige reiche Noch-Stadtbewohner und die gesamten kantonalen Steuerpflichtigen? Remedur tut not!

*Alex Schneider, Küttigen AG*

### Falschfahrer?

Wieso heisst es am Radio bei den dringenden Verkehrsmeldungen immer nur «Achtung Falschfahrer»? Was ist mit den Falschfahrerinnen? Wo bleibt der Protest der Genderfrauen?

*Hans-Peter Köhli, Zürich*

### In den Mülleimer

Achtzehn Monate Corona-Schabernack haben das engmaschig vernetzte Weltwirtschaftssystem mit nur

### Gedankensplitter Hans Krause (4)

## Die Kehrtwendung

- Zweieinhalb Monate nach der Nuklearkatastrophe (2011) von Fukushima strebt der Bundesrat einen langfristigen Atomausstieg an (keine neuen Werke, die vorhandenen werden nach angenommener Betriebsdauer von 50 Jahren vom Netz genommen (2019 Beznau 1 als erstes, 2034 Leibstadt als letztes)
- 21. Mai 2017: Das Bewilligungsverbot neuer Atomkraftwerke (Energiestrategie 2050) wird mit 58% Ja angenommen.

Die Ziele der Energiestrategie sind:

1. Versorgungssicherheit (möglichst keine Auslandabhängigkeit mehr)
2. Umweltverträglichkeit (weniger Treibhausgase und Atommüll)
3. Wirtschaftsverträglichkeit (erschwingliche Energiekosten)
4. Sozialverträglichkeit (landesweit gleiche Bedingungen)

## LACHEN VERBOTEN!



### Geisterfahrer

Ein Mann fährt auf der Autobahn und hört am Radio die Durchsage: «Achtung! Ein Geisterfahrer auf der A1. Bitte vorsichtig fahren und keinesfalls überholen!» Der Mann schüttelt den Kopf und murmelt: «Was heisst hier *ein* Geisterfahrer? Es sind hunderte!»

noch wenig Spielraum erheblich durcheinander gebracht. Da kommt mit Sicherheit noch eine grössere wirtschaftliche Verwerfung als Fortsetzung. Und da wird noch mancher Zeitgenosse von einer heftigen Grippe träumen, die nach einer Woche abflaut. Was ist schon eine Woche Fieber und Erbrechen gegen einen heftigen, andauernden Abstieg im Beruf und beim Einkommen!? Darum gehört das verschärfte Pandemiegesetz am 28. November in dem Mülleimer – damit der Bundesrat, mit gleicher Direkt-Kompetenz ausgestattet, nicht erneut einen derartigen Schaden anrichten kann. Natürlich braucht es ein Pandemiegesetz, aber ein besser überlegtes, intelligenteres! Zudem muss das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gründlich ausgemistet und modernisiert werden.

*Hans von Atzigen, Spreitenbach AG*

### Bodenversiegelung und Klimaerwärmung

Wenn die Mainstream-Presse von den Gründen der Klimaerwärmung spricht, dann unterschlägt sie meistens eine wichtige Tatsache – nämlich das Bevölkerungswachstum, das zu mehr Bodenversiegelung führt. Mehr Menschen brauchen mehr Wohnraum, mehr Gewerbe- und Büroflächen und mehr Infrastrukturbauten wie Strassen etc. Wenn unsere linken und grünen Politiker die Lösung in der Verdichtung sehen, dann sagen sie nicht, dass Verdichtung mehr Beton pro Fläche erfordert. Beton speichert im Sommer die Hitze und strahlt sie in der Nacht ab, so dass es in diesen «Betonwüsten» im Sommer in der Nacht nicht abkühlt. Man spricht von Hitzeinseln. Die Bevölkerung der Schweiz ist seit 1950 um vier Millionen auf jetzt sage und schreibe 8,7 Millionen gewachsen, vor allem wegen ungezügelter Einwanderung. Unsere Verwaltung prognostiziert für den Kanton Zürich bis im Jahr 2040 eine Bevölkerungszunahme um 340'000 Personen auf fast zwei Millionen. Bei der Formulierung solcher Prognosen bekommt man den Eindruck, dass die Politik dieses massive Bevölkerungswachstum als etwas Positives und Selbstverständliches betrachtet. Fazit: Solange die Politik das Bevölkerungswachstum, besonders in bereits über-völkerten Gebieten, nicht als etwas Unerwünschtes erklärt, finde ich alle anderen Massnahmen gegen die Klimaerwärmung nicht ehrlich.

*Alfred Zuberbühler, Samstagern ZH*

### Die Corona-Pandemie verursacht Migrationsströme

Die dritte Welt verarmt rapid. Das heizt die Migration an. Ich selber bin ein Kind von Asylanten aus der 68-er



Tschechoslowakei. Mein Vater fand bereits nach einem Monat Arbeit. Wir mussten uns aber anpassen und auf die Schweiz umstellen, obwohl die Unterschiede nicht enorm waren. Aus Ländern mit noch grösseren gesellschaftlichen und kulturellen Unterschieden ist die Anpassung schwierig, langatmig und kostspielig. Inländer haben im Gastgeberland Vorrang. Schweden, das 6-9 Prozent Arbeitslose hat, kam 2015 an den Anschlag und reduzierte die Zuwanderung innert Monaten mit drakonischen Massnahmen auf fünf Prozent. Migranten in der EU reisen dorthin, wo Wohlstand herrscht und eine grosszügige Unterstützung winkt. EU-Staaten, welche dies nicht bieten, durchreisen sie lediglich. Dies ist auch ein Grund, warum die Verteilung der Migranten in der EU infolge der an hohe Erwartungen gebundenen Migrationsströme scheitert.

*Roman Osusky, Altdorf UR*

### Mehr Frauen an die Macht?

Auch Frauen können Unheil anrichten, das umso grösser wird, je mehr Macht sie haben. Den drohenden Blackout wegen Strommangels verdanken wir einer Frauenmehrheit im Bundesrat: Calmy-Rey, Leuthard, Widmer-Schlumpf, Sommaruga). Sie haben nach Fukushima in einem populistisch-emotionalen Entscheid den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Auch die Bilanz der drei mächtigsten Frauen Europas – An-

gela Merkel, Ursula von der Leyen und Christine Lagarde – sieht trübe aus.

*Alex Schneider, Küttigen AG*

### Die Schweizer stehen früh auf, erwachen aber spät

Als Auslandschweizer in Spanien lebend, war ich bei einem Kurzaufenthalt in der Schweiz schockiert über die Obrigkeitgläubigkeit der Bevölkerung. Die Covid-Zwänge in der Eidgenossenschaft scheint aus allen Fugen geraten zu sein. Beim Eintritt in ein Berner Stadt-Hotel, notabene als Schweizerbürger – ungeimpft, aber im Besitz eines (negativen) PCR-Tests – wurde ich umgehend durch «grobklotziges» deutsches Dienstpersonal informiert über straffe Covid-Vorschriften in der Schweiz. Die unfreundliche Herberge habe ich dann umgehend gewechselt. Vor allem zwei Punkte im revidierten Gesetz, das zur Abstimmung ansteht, sind inakzeptabel: Der Bundesrat will allein, ohne Mitsprache des Souveräns, über Lockerungen und Verschärfungen der Massnahmen entscheiden. Zweitens würden die Ungeimpften durch das Gesetz enorm diskriminiert. Hinzu kommt eine «totale Überwachung» mittels Contact-Tracing. Wichtig: Bei einem Nein müssen keine Covid-Zertifikate mehr ausgestellt werden. Wer für Auslandsreisen ein Zertifikat benötigt, kann sich eines besorgen. Daher ist das gefährliche Covid-19-Gesetz am 28. November unbedingt abzulehnen.

*Viktor Nell, Ampolla (Tarragona)*

## Dummheit als Trumpf im Wettstreit der Nationen



England, für Hunderttausende von Einwanderern der «Garten Eden der Migration» schlechthin, praktiziert zur Wohnraumvermittlung an Migranten und Bedürftige ein System, das dortige Steuerzahler schaudern lässt. Der Staat zahlt Wohngeld aus, überweist es aber nicht an den Vermieter, sondern an den Sozialbezüger direkt. Logische Folge: Das Wohngeld fliesst in den Privatkonsum der Sozialbezüger, der Vermieter sieht nichts davon. Also klagt er den Mieter über den «High Court» raus. Das kümmert den aber nicht, weil das Sozialamt gesetzlich verpflichtet ist, ihm neuen Wohnraum zu beschaffen. Perpetuum mobile der staatlich gesponserten Geldunterschlagung.

Und bei uns? Im Kanton Aargau haben die Gemeinden mit Duldung der Kantonalen Verwaltung begonnen, nach den Pensionskassengeldern von Bürgern zu graben, die früher einmal in Not gerieten und Sozialhilfe bezogen. Diese Gelder sollen die damaligen Bezüger nun aus der eigenen Altersvorsorge zurückzahlen. Wer das nicht tut oder nicht schafft, dem droht 30-prozentige Grundbedarfskürzung oder völlige Streichung. Kurzum: Er soll sich rückwirkend seine eigene Sozialhilfe bezahlen, ohne Inanspruchnahme des Kantons. Dies im Widerspruch zur Bundesverfassung,

die besagt: «Berufliche Vorsorge, AHV und IV dienen dazu, dem Bürger nach Pensionierung den gewohnten Lebensstandard zu erhalten.»

Wie aber soll dies gelingen, wenn man ihm das angesparte Geld kürzt oder gar streicht? Dabei sind Rückzahlungsforderungen der Gemeinde gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) nur legitim, wenn sich der Vermögensstand des Bezügers z.B. durch Erbe entscheidend verbessert hat. Zudem gilt: Je mehr Pensionskassengeld man dem ehemaligen Sozialgeldbezüger abzwackt, desto mehr bedarf er erneuter Sozialhilfe. Ein Teufelskreis! Der Staat hat also nichts gespart, sondern neue Not geschaffen. Derzeit obliegt es dem Bundesgericht, hierzu Remedur zu schaffen. Dazu Guido Wizen, Sozialrechtsexperte an der Uni Basel im «Beobachter»: «Das bevorstehende Urteil kann sozialhilferechtlich für den Kanton Aargau allenfalls gar schweizweit wegweisend sein.»

Grundsatzfrage: Welche Rückzahlungsforderung ergeht eigentlich an Migranten als jahrelange Nutzniesser, oder betrifft diese Klausel nur Schweizer Bürger? Zum Schmunzeln: Die Rechercheanfrage beim Staatssekretariat für Migration brachte die folgende «Antwort»: «Eingehende Mails werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens beantwortet.»

*Charly Pichler*

*pichler@thurweb.ch*

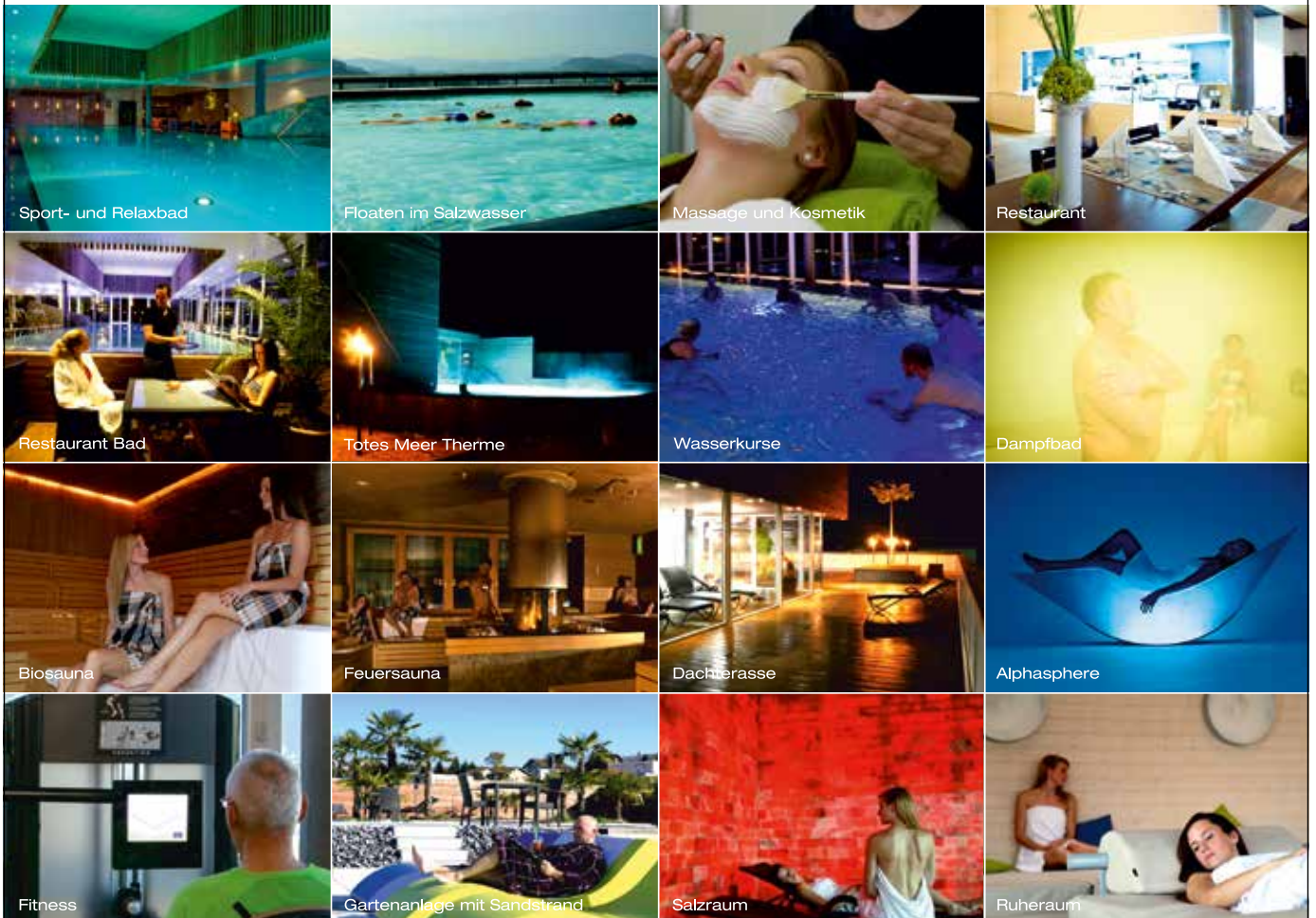
# FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, [www.fitness-island.ch](http://www.fitness-island.ch)  
 Onlineshop: [www.4spa.ch](http://www.4spa.ch)



**FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.**



Leistungen eines innovativen Unternehmers

# Die Fitness-Insel in der Ostschweiz

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Fabian Möckli, Geschäftsleiter Fitness Insel AG, Bronschhofen SG

**Der Staat und innovative Unternehmer: Ein oft Zwiespalt und Ärger auslösendes Verhältnis. Das erlebt ein Unternehmer in Bronschhofen (Gemeinde Wil SG) mit seiner Fitness-Insel.**



2012 eröffnete Fabian Möckli mit Partnern in Bronschhofen ein Wellness-Center, die Fitness Insel. Diese bietet Wellness-Betreuung mit über hundert Fitnessgeräten, diversen Saunen und Bädern für höchste Ansprüche an – als Spezialität auch Salz-Kuren. Attraktion (neben einem Hallenbad) ist das Salzbad auf dem Dach

des grossen Gebäudes. Das Salzwasser im Becken wird regelmässig mit Containern aus Israel und Jordanien, aus dem Toten Meer, importiert.

Jeweils am Wochenende und abends sind die Wellness-Angebote sehr gut ausgebucht. Geöffnet ist die Fitness Insel während 365 Tagen im Jahr immer von 06.00 bis 23.00 Uhr, damit sich die Besucher möglichst gleichmässig über die langen Öffnungszeiten verteilen. Für Fitness und Wellness bedeuten weniger gleichzeitig anwesende Besucher höhere Qualität. Immer trifft man auf Besucher, welche die sorgfältige Betreuung durch erfahrenes Personal besonders schätzen, welches jedem Stammkunden direkt zugewiesen ist. Die Fitness Insel zählt auf Stammkunden, denen attraktive Abonnements angepriesen werden. Das Schlager-Angebot ist ein Abonnement, das einen allwöchentlichen Besuch während vollen zwei Jahren bietet. Auch regelmässige Winterangebote sind gefragt. Was die Fitness Insel an Wellness bietet, übertrifft das Angebot eines jeden Fünf Sterne-Hotels.

## Corona

Fitness- und Wellness-Einrichtungen wurden bekanntlich von «Corona» besonders hart getroffen. Auch die Fitness Insel hat schwierige Monate hinter sich. Anfang 2020, im ersten Lockdown, war die Fitness Insel drei Monate lang geschlossen. Ab Spätherbst 2020, im zweiten Lockdown, sogar während fünf Monaten.

Das Personal wurde vom Staat zwar für Kurzarbeit entschädigt, wobei dies während des ersten Lockdowns recht gut funktionierte. Beim zweiten Lockdown trafen die ersten Zahlungen aber erst drei Monate nach Antragstellung ein. Ein Betrag von rund 100'000 Franken, der von der Fitness Insel AG an die Mitarbeiter geleistet wurde, ist derzeit immer noch vor Versicherungsgericht streitig.

Die teure, heikle Infrastruktur konnte im Lockdown in dessen nicht einfach stillgelegt werden. Da fielen – obwohl Besuchern die Nutzung verboten war – enorme Be-

triebs- und Unterhaltskosten an. Aus Reserven mussten Leistungen von mehr als 1,5 Millionen Franken bewältigt werden. Die Ausfälle konnten teilweise versichert werden. Die Auseinandersetzungen mit der Staatsbürokratie und der Zürich Versicherung, welche sich gegenseitig die Deckungspflicht zuzuschieben versuchen, verzögern dringend benötigte Entschädigungen um Monate.

## Der Staat duldet keinen Aufschub

Der Staat aber verschickt seine Rechnungen pünktlich – ohne Rabatt für ausgefallene Nutzung der ganzen Anlage wegen seiner unsinnigen Massnahmen. Kann nicht innert Frist bezahlt werden, werden Verzugszinsen belastet. Nicht enden wollende, viel Ärger und Kopfzerbrechen verursachende Umtriebe sind die Folge.

Als Unternehmer, stellt Fabian Möckli fest, fühle man sich als Ausbeutungopfer der Bürokratie. Unternehmergeist, Motor eines jeden Wirtschaftserfolgs, werde zu Lasten des Wirtschaftsstandorts Schweiz abgewürgt. Kümmeren sich die Bürokraten des Staates auch kaum, so sei es um so wichtiger, dass die Stimmbürger im Interesse des Landes der auswuchernden Bürokratie endlich zu Leibe rücken.

Wer im Wellnessbereich tätig sei, erlebe, dass sein Betrieb immer aufwändigeren Kontrollen durch immer mehr Stellen ausgesetzt werde. Und natürlich wolle jedes Kontrollorgan sich selbst und der Politik seine Wichtigkeit beweisen, indem es für Unternehmen und Unternehmer immer neue Hürden errichte. Als Unternehmer fühle man sich vom Staat immer weniger geschätzt.

## Energieversorgung

Dass seine Fitness Insel auch bezüglich Energieversorgung innovative Wege beschreite, erfahre seitens Bürokratie weder Beachtung noch Wertschätzung. Die Erdsonden-Anlage der Fitness-Insel sei weitherum die grösste. Als Antwort staatlicher Stellen werde er, Fabian Möckli, bloss mit der Vergrösserung der Kontrollinstanzen konfrontiert, die ihm allesamt Gebühren belasten. Und neuerdings bestehe sogar das Risiko, dass umweltfreundliche Energiekonzepte auf Wärmepumpen-Basis als Folge des Versagens des Staates Stromlücken zu erwarten hätten – womit sie gegenüber konventionellen Energiekonzepten mit Öl oder Gas benachteiligt würden. Wirtschafts-Abwürgung und Innovationshemmung sei die unausweichliche Folge. Fabian Möckli stellt fest: «Das muss aufhören, der Staat ist zu fett und zu unmenschlich geworden!»

# STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

## Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen hat einen Namen: nicht-integrierte Zuwanderer, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis.

Allein seit Januar 2021 wurden in der Schweiz 21 Frauen getötet. Dabei sind ausländische Täter aus frauenverachtenden Kulturen überproportional vertreten – viele von ihnen waren bereits wegen Gewalt und Drohung polizeibekannt. Die SVP fordert deshalb endlich eine konsequente Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, Einbürgerungen auf Probe und Nulltoleranz gegenüber Gewalttätern.

*(SVP Schweiz, 21.10.2021)*

## Zertifikat

Die Aargauer Nationalrätin Martina Bircher sagt: «Nun ist eingetroffen, wovor die SVP immer gewarnt hat: Das Corona-Zertifikat bestimmt unseren Alltag, die Teilhabe am sozialen Leben ist nur noch mit Zertifikat möglich.» Die Folgen dieser übertriebenen und willkürlichen Massnahme seien fatal: «Unsere Gesellschaft ist gespalten.» Zudem bestehe «die Gefahr, dass die Zertifikatspflicht nicht mehr aufgehoben wird.» Wer das verhindern wolle, müsse am 28. November Nein zum Covid-19-Gesetz sagen.

*(NR Martina Bircher, Pressekonferenz 15.10.2021)*

## Kohlendioxid

Die Emission von Kohlendioxid aus der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas führt zu keinerlei messtechnisch nachweisbaren Veränderungen der mittleren Temperatur in bestimmten Regionen oder auf der gesamten Erde. Dieses Spurengas ist nicht «klimaaktiv», kein Klimakiller oder ein Schadgas. Kohlendioxid ist vielmehr – neben Sauerstoff – das für das Leben auf der Erde wichtigste Gas. Die seit Beginn der grosstechnischen Nutzung fossiler Brennstoffe zu beobachtende Erhöhung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre trägt zur besseren Kohlenstoffversorgung und damit zum besseren Wachstum der Pflanzen bei.

*(Dr. D. Urfer, Dipl. Ing. M. Limburg: Grundsatzpapier Klima, Leipzig 01.03.2011, Potsdam 15.05.2011)*

## Energieversorgungs-Notstand

Auch wenn es im Wahlkampf niemand zugeben wollte: Was die Energieversorgung betrifft, rutscht Deutschland

### Politik

Politik ist zu einer Grossveranstaltung der Verantwortungsverweigerung degeneriert. Das gilt auch für die Europäische Union. Auf die EU-Ebene wird verschoben, was man vor Ort nicht durchsetzen kann. Verantwortung wird nach Brüssel delegiert und mithilfe eines Mechanismus wuchernder Bürokratie umgesetzt, der sich demokratischer Kontrolle entzieht.

*(Tichys Einblick, 11/2021)*

in eine katastrophale Unterversorgung und Verteuerung hinein, die die Konsumenten und die Industrie überhaupt nicht tragen können. Die Preise für Gas, Heizöl, Benzin und Strom explodieren. Es gibt einen teuren Winter! Vielfach ist der Preisanstieg politisch gewollt, weil man so den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren will. Deutschland wird noch mehr von Stromimport von französischen AKWs oder vom russischen Gas abhängig. Wind und Sonne werden niemals imstande sein, die Stromlücke nach der Abschaltung der sechs deutschen Kernkraftwerke und der Kohlekraftwerke auszugleichen.

Der Klimanotstand ist schon bald nicht mehr das grösste Problem, sondern der Energieversorgungsnotstand. Den Strom für die Elektroautos wird es schlichtweg nicht geben. Was fast niemand sagt: Der vielzitierte Weltklimarat IPCC empfiehlt ausdrücklich Kernkraft als CO<sub>2</sub>-freie Energie. Mit einer möglichen Verdreifachung des Strompreises – was die Experten als realistisch beurteilen – wären der Wohlstand und die industrielle Grundlage von Deutschland zerstört.

*(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 162, 20.10.2021)*

## Schikanen

Die Lügerei und Schikaniererei geht weiter. Ist Ihnen klar, dass es für Gottesdienste, Trauungen und Beerdigungen mit über 50 Personen ein «Zertifikat» braucht? Im Klartext: «pour le culte» (im wahrsten Sinne des Wortes!) muss ein «Türsteher» her! Und die Kirchenfürsten machen gehorsamst mit! Das Werk von Irren! Dann sind da noch die elenden Diskussionen mit den «Corona-Schergen», ob die «Drittpersonen» (Pfarrer, Amtspersonen usw.) mitzuzählen sind oder nicht. Irr. Die Bücklinge des Glacier-Express verlangen das Zertifikat ebenfalls, da sie sich plötzlich als sog. «rollende Gastronomie» verstehen! Und bereits gibt es Skistationen, die gehorsamst vorseilen und ebenfalls mitmachen. Das Ende der Fahnenstange bzw. der Tage ist wirklich da ...

*(Tis Hagmann, Büro Ha, 14.10.2021)*



**Geschenkgutscheine**

**à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt**

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

**Kopiererpapier**

**Sensationelle**

**Fr. 3.90**

500 Blatt, exkl. MWSt. + Versand bar (10 P. = 10.–)

**OCoTex AG – 041 799 50 00**



Offener Brief an die Direktion des Opernhauses Zürich



## Mit oder ohne Maske ins Opernhaus Zürich?

Das Zürcher Opernhaus hat seine Besucherinnen und Besucher schriftlich befragt, ob zusätzlich zur vom Bundesamt für Gesundheit für Vorstellungen des Opernhauses verfügten Covid-Zertifikats-Pflicht auch noch eine Maskenpflicht für alle Besucherinnen und Besucher von Aufführungen verfügt werden solle. Offenbar haben 53 Prozent jener Besucherinnen und Besucher, die auf die Umfrage geantwortet haben, der zusätzlichen Maskenpflicht zugestimmt.

*Auch der Verlagsleiter der Schweizerzeit wurde um seine Meinung befragt. Seine Stellungnahme zur Frage in ungekürztem Wortlaut:*

Ich antworte auf Ihre Umfrage, ob das Opernhaus Zürich zusätzlich zur gesetzlich geforderten Zertifizierungspflicht auch das Maskentragen den Aufführungsbesuchern verbindlich vorschreiben soll.

Auch wenn jeder Opernbesuch mit intensiver geistiger Auseinandersetzung zum Geschehen auf der Bühne verbunden ist, ist für das Geniessen einer Aufführung entspanntes Wohlbefinden Voraussetzung.

Mit umgebundener Maske ist solch entspanntes Wohlbefinden indes alles andere als gegeben. Wird Gesichtsmaske zwangsverordnet, wird man mich nie im Opernhaus antreffen. Und ich werde – wie in der Vergangenheit des öfteren – nie Gäste zu einem Opernbesuch einladen, solange ihnen das Tragen von Gesichtsmasken während einer Aufführung vorgeschrieben ist.

Übrigens: Im Spätsommer 2020 sorgte ein im Kanton Schwyz Tatsache gewordener Jodel-Anlass für Schlagzeilen: Das Chorsingen würde Covid massiv begünstigen,

wurde damals behauptet – ob zu Recht oder nicht, bleibe dahingestellt. Aber selbst das Singen in der Kirche wurde weitgehend unterbunden. Soll Gesang tatsächlich eine Corona-Welle ausgelöst haben, müsste Maskenpflicht ja insbesondere den Sängerinnen und Sängern auferlegt werden! Welch ein Unsinn.

Spass beiseite: Es besteht meines Erachtens nicht der geringste Anlass, die vom Bundesrat – unseres Erachtens mit ungenügender Begründung – in Kraft gehaltenen Corona-Massnahmen noch übertreffen zu wollen. Wer sich vor Ansteckung fürchtet, kann sich schliesslich impfen lassen. Ist er geimpft, droht ihm von Ungeimpften (indessen als coronafrei Getesteten) keine Gefahr.

Wer vom Bundesrat Verfügtes immer noch zu übertreffen trachtet, der dürfte uns in nicht allzu ferner Zukunft wohl auch noch das Eingipsen des rechten Armes auferlegen wollen – auf dass es Opernbesuchern verunmöglicht werde, nach langer Aufführungspause einen persönlichen Bekannten und Opernfreund angesichts erstmaligem Treffen nach Corona-Stillstand gar mittels Handschlag begrüssen zu wollen ...

Es scheint mir mehr als nur angebracht, sich endlich darauf zurückzubedenken, dass der Menschheit zu keinerlei Zeitpunkt in der Weltgeschichte je risikoloses Dasein gesichert werden konnte – auch heute nicht.

Freiheit einerseits, Selbstverantwortung andererseits – jedem Einwohner der Schweiz in der Bundesverfassung garantiert und auferlegt – sollen menschliches Miteinander auch in der (abflauenden) Corona-Zeit prägen.

Die Angstmacherei muss ein Ende haben. Freiheit, nicht unentwirrbares Gestrüpp von Auflagen und Vorschriften bildet den Nährboden für kulturelle Leistungen und Höchstleistungen. Darauf haben sich auch die Meinungsführer im Abendland endlich zurückzubedenken.

Ich ersuche Sie um Kenntnisnahme meines Standpunkts und danke Ihnen dafür.

Mit freundlichen Grüssen  
Ulrich Schluer

*PS: Ich bestehe keineswegs darauf, dass diese Zeilen als anonyme Äusserung behandelt werden. Ich stehe mit Namen zu dem, was ich denke.*

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Rhetorik

<griech.> rhetorike (die Redekunst)

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

# Gesellschaft spalten?

**Nicht mit uns!**

Der Bundesrat hat uns am 25. März dieses Jahres versprochen:

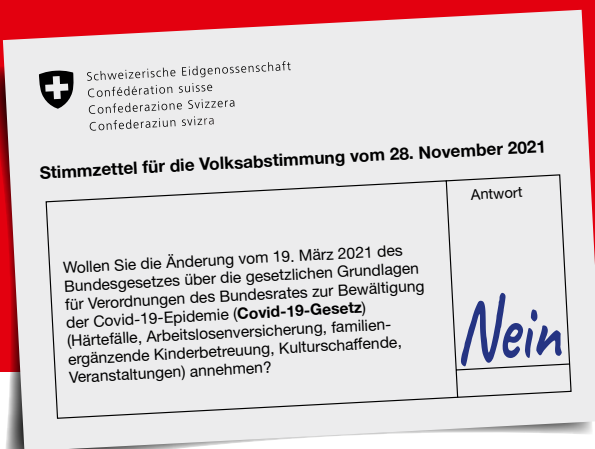
«Wenn bis im Juli 2021 alle Impfwilligen geimpft sind, braucht es keine Massnahmen mehr.»

Doch das Gegenteil ist passiert! Und mit dem neuen Covid-19-Gesetz will der Bundesrat nochmals weitere Verschärfungen einführen!

Deshalb müssen jetzt wir Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass unsere Freiheit nicht noch weiter eingeschränkt wird:

- Nein zu Diskriminierung und Spaltung
- Nein zum Impfwang
- Nein zu Machtanmassung und Willkür
- Nein zum fahrlässigen Grenzregime
- Nein zur Massen-Überwachung
- Nein zur verantwortungslosen Schuldenmacherei

**So stimmen Sie richtig,  
um unsere Freiheit zu schützen!**



Mehr infos auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

[f](#) [t](#) [i](#) /@SVPch

## Achtung: Fake-News

**An seiner Medienkonferenz vom 27. September 2021 setzte der Bundesrat Fake News in die Welt:**

**Der Bundesrat behauptet**, ohne Zertifikat würden Hotellerie und Gastronomie noch mehr leiden. **Das ist falsch.**

**Richtig ist:** Die **Holzhammerpolitik des Bundesrats** zerstört wirtschaftliche Existenzen und **vernichtet Arbeitsplätze**. Die **Gaststätten verzeichnen bereits jetzt gravierende Umsatzeinbussen**. Zudem verfügen die verschiedenen Branchen über **funktionierende Schutzkonzepte**, die bei Bedarf angewandt werden können.

**Der Bundesrat behauptet**, bei einem Nein zum Covid-19-Gesetz würden unverzichtbare Finanzhilfen dahinfallen. **Das ist falsch.**

**Richtig ist:** **Wenn die willkürlichen Massnahmen wie die staatliche Zertifikatspflicht aufgehoben sind, dann braucht es auch keine Finanzhilfen mehr.** Zudem hat das Abstimmungsergebnis keinen Einfluss auf die Finanzhilfen: Praktisch alle von ihnen laufen per Ende 2021 oder per Ende März 2022 aus.

# Extremes Covid-19-Gesetz NEIN

Unterstützen Sie unsere Kampagne mit einer Spende auf IBAN CH80 0900 0000 3000 8828 5, SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, Vermerk «Spalten NEIN!»

Denk' ich an Deutschland in der Nacht ...

# Deutschland auf Sinkflug

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

**Viele deutsche Staatsbürger schauen nach den vergangenen Wahlen besorgt nach Berlin, und es ist mit grosser Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass künftig eine Ampel-Koalition, bestehend aus SPD, Grüne und FDP regieren wird.**



Da von dieser Ampel-Truppe die SPD die stärkste Partei ist, dürfte, ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit, Olaf Scholz der neue Bundeskanzler der BRD werden. Zur Erinnerung: Als vor noch nicht so langer Zeit Olaf Scholz Parteivorsitzender der SPD werden wollte, waren sich die Delegierten klar, dass Scholz nicht über das Format verfüge und für dieses

Parteiamt nicht geeignet sei. An seiner Stelle wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans gewählt und heute soll – oh Wunder – plötzlich Scholz der ideale Bundeskanzler sein. So schnell geht bei den Sozialdemokraten der Wandel von «unbrauchbar» bis «hoch talentiert».

## Kein Individualverkehr, mehr Asylanten

Die neue Regierung wird für sehr viele Deutsche zum Desaster, weil die links-grüne und völlig abgehobene Berufspolitiker-Kaste keiner Ahnung hat von den Sorgen und Nöten des «Normalbürgers». Und man hat nicht nur keine Ahnung, sondern es ist diesen Leuten auch völlig egal, weil primär eine urbane Klima- und Flüchtlingsrettungs-Klientel befriedigt werden muss.

Wie das aussehen soll, sieht man zum Beispiel an der Aktion «Berlin autofrei», die den Individualverkehr in der Stadt grundsätzlich verbieten will. Als Ausnahme darf jede Person an zwölf Tagen und später an sechs Tagen im Jahr ein Fahrzeug für Privatfahrten nutzen. Und trotz der Förderung von E-Autos soll in ganz Berlin auch die E-Mobilität auf vier Rädern verboten werden. Ausnahmen muss man anmelden und irgendein Beamter wird entscheiden, ob jemand fahren oder mit dem Kistenfahrrad seine Einkäufe nach Hause transportieren darf. Dafür will Deutschland keine Flüchtlinge mehr abweisen, und gewisse Kreise wünschen die Aufnahme von abertausenden Menschen aus Afghanistan, inklusive Familiennachzug.

## DDR 2.0 lässt grüssen

Selbstverständlich werden Milliardenbeträge freigestellt und die Bürger mit Verboten à gogo malträtiert, um von Deutschland aus das Weltklima zu retten. Da kann es doch nur eine Randbemerkung in den Mainstream-Medien bleiben, wenn in Berlin bei der Räumung des links-alternativen Wohnprojekts «Köpi» 3'000 Polizisten eingesetzt werden mussten. Eine Strassenschlacht mit nahezu fünfzig verletzten Polizeibeamten gab es nur deshalb, weil sich der Besitzer des Bodens «erfrecht» hatte, über sein Eigentum zu verfügen. Aber keine Sorge: In Berlin soll bald

der private Liegenschafts- und Bodenbesitz verboten und unter staatliche Obhut gestellt werden. DDR 2.0 lässt grüssen. Die logische Schlussfolgerung: Niemand mehr wird in Berlin in den Wohnungsbau investieren. Dies kann aus nachvollziehbaren Gründen nicht im Buch «Das Kapital» von Karl Marx nachgelesen werden.

## Muezzine rufen zum Gebet

Und neuerdings hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erlaubt, dass von den 35 (!) Moscheen in Köln der Muezzin zum Gebet rufen darf. Nachdem in der Silvesternacht 2015/16 unzählige Frauen auf der Kölner Domplatte ausgeraubt, sexuell angegriffen und viele davon vergewaltigt wurden, hat die gleiche Frau Reker ihren Geschlechtsgenossinnen geraten, eine Armlänge Abstand von fremden Männern zu halten. Dass die in Gruppen auftretenden Täter durchwegs als Araber oder Nordafrikaner beschrieben wurden, hat bei den Kölner Regierungsoberen niemand wirklich interessiert.

## Heilsam für die Schweiz

Die Entwicklung in Deutschland kann für uns Schweizer durchaus positiv sein, weil sie uns vor Augen führt, nicht die gleichen links/grünen Experimente zu wiederholen. Es wäre doch so einfach: In Deutschland könnten die CDU/CSU, die FDP und die AfD mit einer satten Mehrheit eine bürgerliche Regierung bilden. Aber in der Bundesrepublik hat die Politik (noch unter Kanzlerin Angela Merkel) lieber Gespräche mit den Taliban in Afghanistan aufgenommen, als sich mit AfD-Vertretern an einen Tisch zu setzen. Armes Germany!

Markus Melzl

## Churz & Bündig

Pressebilder zeigen: Jubel und Trubel im Nationalratssaal. Sie setzen dazu die Bildlegende: «Die Frauen geben den Ton an». Wir glauben, diesen Text – der Wahrheit zuliebe – geringfügig korrigieren zu müssen: «Gewisse Frauen geben den Ton an».

\*

Bundesrat Alain Berset beklagt sich: Nicht alle, die gegen seine Wegsperr-Massnahmen demonstriert hätten, seien jederzeit «anständig gewesen». So glaubt ausgerechnet jener Bundesrat moralisieren zu müssen, gegen den das Parlament eine Untersuchung anzuordnen hatte, weil er in Verdacht steht, ihm als Bundesrat gewährte Privilegien für private Seitensprünge mit Junggemüse missbraucht zu haben.

us

Bemerkenswerte Neuerscheinung

# Armee in der Konzeptions-Sackgasse

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Dr. Rudolf P. Schaub

Der Zuger Rechtsanwalt Dr. iur. Rudolf P. Schaub, Oberstleutnant aD, gehört zu den profiliertesten und kompetentesten Kritikern verschiedener Armeeereformen.



Vor wenigen Wochen hat er ein neues Buch vorgelegt. Es trägt den Titel «Schweizer Armee in der Konzeptions-Sackgasse». Die Schweizerzeit hat mit dem Autor gesprochen.

*Schweizerzeit: Herr Dr. Schaub, wie beurteilen Sie die Verteidigungsbereitschaft der Schweizer Armee heute, im Jahr 2021?*

**Rudolf P. Schaub:** Im Jahr 2008 beschloss der Bundesrat, die Schweiz würde in Zukunft nur noch eine «virtuelle» Verteidigungsarmee, d.h. eine «savoir faire und Aufwuchs»-Armee unterhalten. Diese muss entgegen Artikel 58, Absatz 2 der Bundesverfassung nicht der Kriegsverhinderung dienen, nicht mehr Land und Bevölkerung verteidigen.

## Aufwuchsfähigkeit

*Die Armeeführung misst – so äusserte sie sich in der Vergangenheit wiederholt – der sogenannten «Aufwuchsfähigkeit» der Armee grosse Bedeutung zu – sowohl bezüglich der Ausbildung der Wehrfähigen als auch bezüglich der Armee-Ausrüstung.*

*Wie beurteilen Sie das Konzept Aufwuchsfähigkeit?*

Aufgabe der Armee ist neuerdings nur noch die Erhaltung eines beschränkten Know-hows zur Frage, wie die Schweiz bei einer künftigen Bedrohung verteidigt werden könnte. Es wird also behauptet, die Bereitschaft der Armee zur Abwehr eines militärischen Angriffs könne rasch erhöht werden, wenn sich eine Bedrohung abzeichnet.

Ich erachte einen solchen Beschluss als äusserst fragwürdig, ja geradezu als hirnverbrannt. Mit dem Armeeaufwuchs hat sich der Bundesrat in Wahrheit nie ernsthaft beschäftigt, obwohl der zur Überprüfung der Zulässigkeit einer virtuellen Verteidigungsarmee beigezogene Gutachter eine laufende «Aufwuchs»-Planung «in den Bereichen Organisation, Material und Personal» ausdrücklich verlangt hatte.

Nach fundierter Kritik von Seiten von Militärpublizisten an der naiven Vorstellung des Bundesrates von einer notfalls raschen Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft bei einer konkreten Bedrohung gestand die Armeeführung im Jahr 2019 ein, der «Armeeaufwuchs» wäre bei einer sich abzeichnenden Bedrohung eine Illusion.

## Der Zustand der Armee

*Wie beurteilen Sie den Zustand der Schweizer Armee heute?*

Wie der Titel meines Buches zum Ausdruck bringt, befindet sich die Schweizer Armee in einer konzeptionellen Sackgasse. Die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiches Operieren – die rechtzeitige Erlangung der Verteidigungsbereitschaft im Bedrohungsfall durch Aufwuchs – ist nicht erfüllt.

*Im Anschluss an Ihre Kritik zum in Tat und Wahrheit nicht existierenden Aufwuchskonzept der Armee befassen Sie sich mit dem Auftrag der Armee. Wie formulieren Sie diesen Auftrag?*

Gemäss Bundesverfassung besteht der vorrangige Auftrag der Armee darin, die Schweiz von Krieg zu verschonen. Die Erfüllung dieses Auftrags erfordert zwingend die Verteidigungsfähigkeit der Armee im Bedrohungsfall. Im Blick auf allfällige Angreifer am Boden und in der Luft sehe ich diesen Auftrag als nicht erfüllt.

*Wie beurteilen Sie die Luftverteidigungsmöglichkeit der Armee?*

Eine glaubwürdige Landesverteidigung muss neben den Bodentruppen nicht nur über eine wirksame terrestrische Luftverteidigung verfügen. Auch eine starke Luftwaffe ist zwingend erforderlich.

## Dissuasion

*Früher orientierte sich die Schweizer Armee am Ziel Dissuasion: Sie müsse sich jederzeit derart stark und abwehrbereit zeigen, dass ein möglicher Gegner einen militärischen Angriff auf die Schweiz gar nie ernsthaft in Erwägung zieht. Erzielt die Armee aus Ihrer Sicht heute noch immer Dissuasionswirkung? Oder was wäre heute, 2021/22, in erster Linie vorzukehren, auf dass Dissuasionswirkung wieder zustande käme?*

In meinem Buch lege ich aufgrund der vorgenommenen Lagebeurteilung meinen Sanierungsvorschlag vor zur aus meiner Sicht unzulänglichen «savoir faire und Aufwuchs»-Armee.

Mit einem asymmetrischen Kampfkonzept könnte in der Nordwestschweiz und im Mittelland, den beiden für Dissuasion entscheidenden Landesteilen, eine glaubwürdige Dissuasion erzielt werden. Dissuasion würde mit Verteidigungslinien an den geeigneten Flussläufen erreicht. Sie



setzt wie bisher Infanterie, Artillerie, mechanisierte Verbände, terrestrische Fliegerabwehr, eine Luftwaffe und Geländeverstärkungen voraus.

### Was kann überhaupt erreicht werden?

*Massnahmen, die aus Ihrer Sicht unbedingt zu treffen sind, haben indessen vom heutigen – von Ihnen als ungenügend bezeichneten – Zustand, von der heutigen Ausbildung und Ausrüstung der Armee auszugehen.*

*Ist Ihr Vorschlag, was rasch erreicht werden muss, aufgrund der Gegebenheiten überhaupt realistisch?*

Ich gebe zu: Mein Vorschlag vermag nicht rundum zu befriedigen. Das ist bei Sanierungslösungen unvermeidlich. Verschiedene (mir unverständliche) Fehlentscheidungen in der Vergangenheit erschweren rasche Korrekturen entscheidend.

*Wie sähe denn ein realisierbares Konzept, ausgehend von heutigen Gegebenheiten aus?*

Zunächst müsste sich das VBS darauf konzentrieren, ein realisierbares Konzept anzustreben, statt sich Illusionen hinzugeben. Ein Gegner kann auch ohne Grossmacht-Armee in Taschenformat, also «asymmetrisch» am Vorstoss in und durch das Mittelland gehindert werden, sowohl in der Ost-West- als auch in der West-Ost-Richtung.

### Ist die Politik bereit zu Korrekturen?

*Sind aus Ihrer Sicht die Sicherheitskommissionen bei der Parlamentskammern bereit, auf solche Vorschläge, wie Sie sie in Ihrem neuen Buch formulieren, überhaupt einzugehen? Und wie glauben Sie, dass diese Vorschläge in der breiten Bevölkerung ankommen?*

Natürlich sind das Schweizervolk, die Eidgenössischen Räte und der Bundesrat die massgebenden Akteure, welche sich für die Rückkehr zu einer glaubwürdigen, zeitgemässen Verteidigungsarmee einsetzen müssten. Für die Armee gilt das Primat der Politik. Eine wesentliche Erhöhung der jährlichen Armeeausgaben wäre unumgänglich, um die untaugliche «savoir faire und Aufwuchs»-Armee in eine dissuasive Verteidigungsarmee zu transformieren.

Ich rechne freilich nicht damit, dass vom Schweizervolk entsprechende Impulse kommen werden, ohne dass eine offenkundige und direkte militärische Bedrohung von Zentraleuropa sichtbar wird. Von den Eidgenössischen Räten sind auch keine Impulse zu erwarten, welche den gebotenen Kurswechsel herbeiführen könnten. Und SP und Grüne streben die Abschaffung der Armee an.

### Die Haltung der Parteien

*Wie beurteilen Sie denn die Einstellungen der grossen, im Parlament vertretenen Fraktionen zur Sicherheitspolitik?*

Die FDP, die Grünliberalen und die Mitte bekennen sich zur Armee mit zum Teil nebulösen oder gar wirklichkeitsfremden Vorstellungen. Sobald es um die erforderlichen finanziellen Mittel geht, endet aber auch bei ihnen die Solidarität mit den Armeeangehörigen. Die armeefreundliche SVP kämpft in dieser Konstellation auf verlorenem Posten.

*Das tönt nicht sehr optimistisch. Welche Rolle spielt denn der Bundesrat im Blick auf eine glaubwürdige Landesverteidigung, für die er verantwortlich ist?*

Der Bundesrat exponiert sich nicht gegen das Volk und das Parlament. Er hält an einem fragwürdigen Standpunkt fest: «Solange nicht klar ist, worauf sich die Armee vorbereiten muss, ist es nicht möglich, die Erlangung der nötigen militärischen Fähigkeiten im Detail zu planen».

Ich widerspreche diesem Einwand dezidiert: Eine Armee, die den Ernstfall erst zu planen beginnt, wenn sich die vorgesetzten Behörden über Art und Umfang einer konkreten Bedrohung klar geworden sind, wird nie und nimmer rechtzeitig bereit sein.

\*

Das Buch von Dr. Rudolf P. Schaub darf als Pflichtlektüre für diejenigen bezeichnet werden, welche sich mit der Sicherheitspolitik und mit der Armee der Schweiz ernsthaft beschäftigen. Es ist pointiert und leicht verständlich abgefasst.

S.

*Das Gespräch mit Rudolf P. Schaub führte Ulrich Schlier.*

Machen Sie sich selbstständig



Nutzen Sie unseren Weg zu Ihrer persönlichen und finanziellen Unabhängigkeit.

### Werden Sie Franchisepartner!

Wir bieten einen erprobten Weg im Bereich der Gesundheit.

#### Sie bringen mit:

- Sympathisches Auftreten
- dynamische Denk- und Arbeitsweise
- Erfahrungen im Verkauf
- Einsatzbereitschaft
- Freude an Beratung, Coaching, Motivation
- Eigenkapital erforderlich

Melden Sie sich jetzt!  
Ich freue mich auf  
Ihren Anruf.



#### ParaMediForm AG

Martin Häcki, Geschäftsführer

Schützenmattstrasse 3

5600 Lenzburg • Telefon 062 888 88 28

info@paramediform.ch • [www.paramediform.ch](http://www.paramediform.ch)

Schlank werden • Schlank sein • Schlank bleiben

## Untaugliche Justiz-Initiative



Am 28. November stimmen wir über die sogenannte Justiz-Initiative ab. Sie fristet in der politischen Debatte ein Mauerblümchen-Dasein, obwohl damit Grundfragen des Justizsystems aufgeworfen werden.

Heute werden Bundesrichter durch das Parlament gewählt, mit der Initiative würde die Wahl im Losverfahren erfolgen. Über die Zulassung zum Losverfahren und damit die Eignung soll eine vom Bundesrat eingesetzte Fachkommission befinden. Die Initiative kritisiert – ähnlich wie gewisse internationale Gremien – den Parteienproporz bei den Richterwahlen. Damit werde die richterliche Unabhängigkeit gefährdet, und fachliche Kompetenzen seien zweitrangig.

In der Tat ist das Schweizer System ein Sonderfall, aber die Kritik daran ist unberechtigt. Die Schweizer Justiz leistet im internationalen Vergleich ebenso gute wie unabhängige Arbeit. Das Schweizer Wahlsystem verabsolutiert den Parteienproporz zudem nicht: Auf Ebene des Bundes und der Kantone bestehen in der Regel politisch zusammengesetzte Kommissionen, die in Zusammenarbeit mit Fachkräften die Eignung von Kandidaten prüfen. Der Parteienproporz spielt dann unter den Kandidaten, die als geeignet befunden worden sind.

## Unzensuriert

Auch die Justiz ist Teil der demokratischen Gesellschaft. Entsprechend soll sie die Vielfalt der politischen Meinungen widerspiegeln – und das geht am einfachsten mit dem Parteienproporz. Zudem: Eine Expertenkommission wäre zwar nicht nach politischen Kriterien bestimmt, deswegen aber nicht unpolitisch. Die politischen Strömungen wären indes nicht mehr transparent. Jedenfalls in der Tendenz würden Richter mit einer professoralen, den Experten genehmen Arbeitsweise bevorzugt. Die Justiz würde mit der Initiative an Bodenhaftung einbüßen.

Falls ein Gericht einmal ein politisch motiviertes Urteil fällt, so hat das nichts mit dem Parteienproporz zu tun, sondern mit fehlendem Respekt vor dem Gesetzgeber: Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat unlängst ein Klimaschutzgesetz als in Teilen verfassungswidrig taxiert, da hinreichende Massnahmen für die weitere Emissionsreduktion ab 2031 fehlen. Eine solche pseudo-gesetzgeberische Tätigkeit der Justiz hätte in der Schweiz zum Glück kaum Bestand, auch dank der fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit.

Die Schweizer Justiz ist nicht unfehlbar, sie braucht aber keine undurchdachten Experimente.

*Patrick Freudiger*

# Qualitäts-Treuhand

mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung

## Schnell – Kompetent – Flexibel

- Buchhaltungen, Steuern und Gründungen
- Web-Treuhand (Sie haben Zugriff auf unser System und können darauf arbeiten)
- Teilzeit-CFO (Management auf Zeit)
- Trouble Shooting-Einsätze vor Ort (z. B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)
- Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen
- Betriebswirtschaftliche Beratung inkl. Steuerplanung
- Verwaltung STWEG
- Start-Up-Beratung inkl. Businessplan und Budget



# timeconsult

**Timeconsult AG, Usterstrasse 3**  
 8600 Dübendorf, [www.timeconsult.ch](http://www.timeconsult.ch)  
 Tel. 044 802 30 00

**Patrick Walder** → [patrick.walder@timeconsult.ch](mailto:patrick.walder@timeconsult.ch)  
 Verwaltungsratsmitglied «Schweizerzeit» Verlags AG;  
 ehem. Präsident SVP des Kantons Zürich

Lex Netflix

# Jetzt Referendum unterstützen!

Mitte Oktober haben die Jungfreisinnigen zusammen mit der Jungen SVP und der Jungpartei der GLP das Referendum gegen die missratene Lex Netflix ergriffen. Nun brauchen wir Ihre Hilfe.



Grund für unser Engagement: Das Parlament hat in der Herbstsession beschlossen, dass erfolgreiche Streaming-Anbieter wie etwa Netflix, aber auch Schweizer Privatsender, in Zukunft mindestens vier Prozent ihres in der Schweiz erzielten Bruttoumsatzes den Schweizer Filmschaffenden mittels (Zwangs-)Investitionen

abliefern müssen. Sollten die fraglichen Akteure diese Quote nicht erreichen, haben sie dem Bundesamt für Kultur eine entsprechende Ersatzabgabe zu entrichten. Zudem müssen die Filmkataloge von Netflix und Co. mindestens zu 30 Prozent mit europäischen Werken gefüllt sein. Aus liberaler Sicht spricht alles gegen die Lex Netflix: **Sie ist ein ungeniessbarer Cocktail aus Heimatschutz, Subventionitis und Bevormundung.**

Bereits heute fliessen rund 150 Millionen Franken aus öffentlicher Hand in das einheimische Filmschaffen. Allein die SRG steckt – wohlgemerkt mit unseren Gebührengeldern – 32,5 Millionen Franken pro Jahr in den nationalen Filmtopf. Die Schweizer Filmschaffenden schwimmen dank staatlicher Filmförderung im Geld. Sie haben bis dato weder wirklich den Geruch des Marktes riechen noch den unsicheren Boden des Wettbewerbs unter ihren Füßen spüren müssen. Andere Branchen sind nicht so privilegiert; sie erhalten keine jährlichen Fördermittel im dreistelligen Millionenbereich. Im Gegenteil: Wer als Privater an den Bedürfnissen der Gesellschaft vorbeiproduziert, geht leer aus. Anspruch auf Steuergelder oder Zwangsabgaben gibt es nicht.

Es gibt keinen Grund, weshalb der hiesigen Filmszene via Investitionspflicht oder Ersatzabgabe pro Jahr zweistellige Millionenbeträge, abgezockt von privaten Firmen, die keinen staatlichen Filmförderungsauftrag haben, zugeteilt werden müssen. Sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass ein Teil dieser Kosten auf uns Konsumenten abgewälzt wird. Wir werden künftig mittels Konsumabgabe auf Streaming-Angebote den Schweizer Film subventionieren müssen. Das ist ungefähr so, als müssten Buchhandlungen eine Zwangsabgabe auf Schweizer Literatur entrichten, die sie dann auf Leserinnen und Leser überwälzen.

Klar ist: Die Sondersteuer ist ein Subventionsmonster, das die Streaming-Anbieter und viele Privatsender und letztlich die Konsumenten hart treffen wird. Um

Himmelslängen absurder als die Investitionspflicht ist die Pflicht, dass die Filmkataloge von Netflix und Co. einen Mindestanteil europäischer Werke von 30 Prozent enthalten müssen. Diese Zwangsquote wurde einzig und allein in vorauseilemdem Gehorsam von der EU übernommen. Wer die Zwangsumverteilung mit der Investitionspflicht und die europäische Filmquote ablehnt, der möge bitte unser Referendum unterstützen. Den Unterschriftenbogen finden Sie beiliegend. Jede Unterschrift zählt. Für mehr Freiheit, und weniger Steuern und Quoten. Herzlichen Dank!

*Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige Schweiz*

## Covid-19

### Der Standpunkt der Schweizerzeit

- Die Impfung gegen Covid-19 ist zweifellos mit gewissen Risiken verbunden.
- Aber auch der Verzicht auf die Impfung beinhaltet Risiken.
- Risikofreie Existenz wurde dem Menschen nie zugesichert – kann ihm auch heute nicht garantiert werden.
- Also muss Jede und Jeder aufgrund seiner persönlichen Situation abwägen, wie er sich bezüglich der Covid-19-Impfung entscheidet.
- Er entscheidet frei und in Kenntnis der Risiken, die von seinem Entscheid pro oder contra Impfung ausgehen.
- Für den getroffenen Entscheid hat sich niemand zu rechtfertigen.
- Und keine staatliche Instanz darf sich anmassen, jemanden für den von ihm getroffenen Entscheid, wie immer dieser ausgefallen ist, zu diskriminieren.

\*

Und für die Lage jetzt und heute muss gelten:

- Aktionen gegen Veranstalter, Gaststättenbesitzer usw., die sich um des Überlebens ihres Betriebs, ihrer Firma oder Organisation willen obrigkeitlich erlassenen Zertifizierungs-Auflagen unterziehen müssen, bringen nichts.
- Alle Anstrengungen sind derzeit vielmehr darauf zu konzentrieren, am 28. November 2021 das Covid-19-Gesetz endgültig zu Fall zu bringen – auf dass Freiheit und Selbstverantwortung in der Schweiz wieder gelten, so wie sie gemäss Bundesverfassung jedem Bürger und jeder Bürgerin gewährleistet sind.



# Impfzwang für alle?

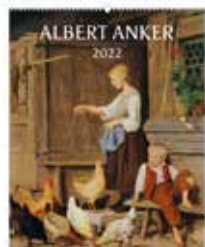
Am 28. November:

**Extrem & Unnötig**  
Covid-Verschärfung

# NEIN

# Attraktive Schweizer Kalender 2022

**SPECIAL**  
Büchertisch



## Albert Anker 2022

Bekannte Bilder des bedeutendsten Schweizer Malers des 19. Jahrhunderts. Bleistift-, Kohle- und Tuschfeder-Zeichnungen. Berühmte Kinderdarstellungen. 14 Blätter, 34,5 × 43,0 cm.

Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



## Giovanni Segantini 2022

Zeitreise durch Segantinis Leben und Schaffen. Bäuerliche Landschaften, Harmonie zwischen Mensch und Natur. 14 Blätter, doppelseitig bedruckt. 34,5 × 43,0 cm.

Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



## Faszination AirForce 2022

Spektakuläre Fotos des Aviatik-Journalisten Martin Michel. Bilder, die weltweit faszinieren. 14 Blätter, 34,5 × 43,0 cm.

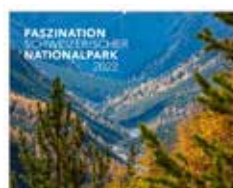
Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



## Offizieller Schwinger-Kalender 2022

Die eindrücklichsten Bilder der Schwingsaison 2021 im Grossformat. Offizieller Kalender des Eidgenössischen Schwingerverbands. 14 Blätter, doppelseitig bedruckt, 34,5 × 43,0 cm.

Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



## Faszination Schweizer Nationalpark 2022

Die einmalige, spektakuläre, unberührte Landschaft im Unteren Engadin mit der dort lebendigen Tier- und Pflanzenwelt. Fotos von Hans Lozza. 14 Blätter, 34,5 × 43,0 cm.

Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–

## Zwei Liebhaber-Kalender:



## Muuuuuh...-Kalender 2022

Kühe prägen das Bild der Schweizer Alpen. Simmentaler, Glarner, Schottische Hochlandrinder. Vor dem Hintergrund der herrlichen Alpen-Berglandschaft. 14 Blätter, 34,5 × 43,0 cm.

Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



## Geissen-Kalender 2022

Ein Geheimtipp: Zwölf lustige Geissen in der prächtigen Landschaft der Bündner Alpen. 14 Blätter, 34,5 × 43,0 cm.

Werd und Weber Verlag (Richtpreis Fr. 25.00)  
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–

## Bestellschein

### Kalender

- |                          |                                    |             |
|--------------------------|------------------------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Albert Anker                       | à Fr. 22.50 |
| <input type="checkbox"/> | Giovanni Segantini                 | à Fr. 22.50 |
| <input type="checkbox"/> | Faszination AirForce               | à Fr. 22.50 |
| <input type="checkbox"/> | Faszination Schweizer Nationalpark | à Fr. 22.50 |
| <input type="checkbox"/> | Offizieller Schwinger-Kalender     | à Fr. 22.50 |
| <input type="checkbox"/> | Muuuuuh...-Kalender                | à Fr. 22.50 |
| <input type="checkbox"/> | Geissen-Kalender                   | à Fr. 22.50 |

(zuzüglich Fr. 9.– Portokosten)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift

### Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch



## Farbe ist die Musik des Sehens

Susanne Zweifel  
 Weiherweg 12  
 2554 Meinisberg  
 032 355 27 89 079 70471 76  
[www.suzel.ch](http://www.suzel.ch)  
[info@susannezweifel.ch](mailto:info@susannezweifel.ch)



Herzlich willkommen in meinem Atelier!

Unverbindliches Probehängen

Auftragsmalerei

Ausstellungen seit 1997 im In- und Ausland

Eigene Galerie am Münsterplatz Bern 2010–2019



Mit dieser App können  
 Sie Werke auf Ihre  
 Wände projizieren!

Hinter feindlichen Linien**Linker Kulturkampf im Klassenzimmer**

«Schweizer Schulbücher sind im Kern rassistisch», behaupten Rahel El-Maawi und Mandy Abou Shoak. Die beiden Frauen haben mit Steuergeldern finanziert eine wirre «Rassismus-Studie» dazu erstellt. «So sind Schüler\*innen of Color und Schwarze Schüler\*innen auf positive Narrative über Menschen des globalen Südens und auf ein sensibilisiertes Umfeld angewiesen, um ihre eigene Zugehörigkeit nicht dauernd in Frage gestellt zu sehen.»

Glauben Sie, dass ein Grundschüler mit oder ohne Migrationshintergrund mit diesem linken Gelaber etwas anfangen kann? Falls Sie den Satz auch nicht verstehen, macht das nichts. Sie sind in den Augen der Gutmenschen halt einfach ein «weisser Rassist». Oder korrekt gesagt: Eine «weisse Rassist\*in».

Die rot-grüne Stadt Zürich, die den linken Kulturkampf im Klassenzimmer mitfinanziert, antwortet auf Kritik: «Wir ermöglichen die Finanzierung von Projekten zu Gunsten des guten Zusammenlebens der einheimischen und der zugezogenen ausländischen Bevölkerung.» Doch

die wirre «Rassismus-Studie» unterstellt den weissen Lehrpersonen, «rassistisch» zu sein. Und die Schweizer Lehrbücher seien gegenüber «Kindern of Color und Schwarzen Kindern voller Gewalt». Im wirren Denken der Linken gibt es demnach zwei Gruppen: Böse Weisse und dunkelhäutige Migrantenkinder als arme Opfer.

Der linke Zeitgeist spaltet unsere Gesellschaft. Zudem verbietet diese irre Ideologie Wörter wie Mohrenkopf, will Schulbücher umschreiben, unsere Sprache umdeuten und steht für den Gender-Gaga. Wie idiotisch das Gender-Sternchen mittlerweile eingesetzt wird, zeigt die «Rassismus-Studie» selbst. Dort wird von kolonialen «Eroberer\*innen aus Europa» geschrieben. Als ob die längst verstorbenen Sklavenhändler intersexuell, non-binär oder pangender gewesen wären und sich vom Begriff «Eroberer» (ohne Gender-Sternchen) im Tod hätten diskriminiert fühlen können. Eine derart lächerliche und gleichzeitig für den inneren Zusammenhalt gefährliche Ideologie darf in unserem Land nicht die Oberhand erhalten.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

## «Das aktuelle Zitat»

«Die EU ist zum Scheitern verurteilt. Drei Fehlentwicklungen höhlen die Europäische Union allmählich aus: zu viele Regeln, zu viele Schulden, zu wenig Demokratie.»

Paul Widmer, ehem. Diplomat und HSG-Dozent für internationale Beziehungen, in der NZZ a.S., 10.10.2021

\*

Seit 2015 hat die hiesige Jugendkriminalität um ein Drittel zugenommen. Die Nachwuchsverbrecher stammen ganz überwiegend aus dem Migrationsmilieu. Immer lauter und selbstbewusster auftretende Banden in den Agglomerationen verherrlichen offen die Gewalt und kriminelles Verhalten. Es gibt mittlerweile auch linke Experten wie den Strafrechtler Martin Killias (SP), die Klartext sprechen: «Seit vielen Jahren sind ausländische Männer in den Kriminalstatistiken übervertreten.» Doch die Kriminalität von Ausländern in der Schweiz werde tabuisiert und kleingeredet: «Das hat fatale Folgen.»

Sein Partei- und Berufskollege Daniel Jositsch hingegen attackiert jene, die behaupten, «dass Ausländer krimineller sind als Schweizer.» Entgegen allen Statistiken behauptet der SP-Ständerat: «Aber das ist falsch.»

Christoph Mörgeli, in der «Weltwoche» Nr. 40/2021

## «Es sagte» ... Wettbewerb **LÖSUNG!**

In der «Schweizerzeit» vom 22. Oktober 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

**«DIE GRÖSSTE GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE IN EUROPA SIND NICHT DIE POPULISTEN, ES IST DIE EUROPÄISCHE UNION. SIE VERKÖRPERT EINE DAUERENDE PASSIVE DROHUNG GEGEN ALLE, DIE SICH IHREN INTERESSEN WIDERSETZEN WOLLEN.»**

Diese Aussage stammt von:

- A Christoph Blocher, ehem. Bundesrat
- B Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche
- C Markus Somm, Chefredaktor Nebenspalter
- D Eric Guyer, Chefredaktor NZZ

Die richtige Lösung lautet:

- C Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 26)

# Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Nach den am 19. Oktober 2003 aus Auns-Sicht positiv verlaufenen Parlamentswahlen erinnern wir die gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier an ihren Auftrag gemäss Artikel 173 unserer Bundesverfassung, der da lautet: «Die Bundesversammlung (...) trifft Massnahmen zur Wahrung der (...) Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.»

Und wir teilen allen, die es «betreffen mag», ohne Wenn und Aber mit: «Wir werden Sie daran messen, ob Sie sich für unsere Volks- und Freiheitsrechte einsetzen und den Beitritt unseres Landes zum nachteiligen Schengener Abkommen, zur EU und zur Nato bekämpfen – und ob Sie dem Asylmissbrauch, der Massenzuwanderung, der Verschleuderung des Schweizer Passes und der Schaffung eines Berufsparlamentes konsequent entgegentreten.» (*Auf der Stufe Bundesrat – die Sozialisten lassen wir hier weg – bekäme heute auch FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter mit ihrem unsäglichen Feldzug gegen die Begrenzungsinitiative schlechte Noten!*)

Am 10. Dezember 2003 besteht das neu- bzw. wiedergewählte Bundesparlament (wie bereits erwähnt) tatsächlich seine erste Bewährungsprobe: **Christoph Blocher** wird in den Bundesrat gewählt! Man spürt, dass ein Aufatmen durch unser Land geht. Hundertausende von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, denen die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes am Herzen liegen, feiern die Wahl von Christoph Blocher mit Jubel und grosser Genugtuung. Denn mit ihm wird die Politik, die am 19. Oktober einen historischen Sieg errungen hat, kraftvoll in die Landesregierung hineingetragen. Das heisst: Gewonnen hat damit DIE SCHWEIZ.

Und jene, zum Beispiel der Kreis um Bundesrat Pascal Couchepin, die Blocher gewählt haben, um ihn endlich ins «Gefängnis» des bundesrätlichen Kollektivs «einzusperren», müssen nach einiger Zeit feststellen, dass Blocher nicht Gefangener, sondern bereits «Gefängnisdirektor» geworden ist ...

\*

Für die Auns beginnt nun eine neue Ära. Für Auns-Präsident Christoph Blocher, der dieses Amt als neues Mitglied der Landesregierung natürlich abgibt, muss rasch ein geeigneter Nachfolger gefunden werden. Und nachdem wir im kleinen Kreis mehrere mögliche Kandidaten in Erwägung gezogen haben, fällt die Wahl schliesslich auf **Pirmin Schwander**, geb. 1961,



Pirmin Schwander

wohnhaft in Lachen SZ, Dr. oec. publ., Unternehmer, neugewählter SVP-Nationalrat und höherer Stabsoffizier (Oberst i Gst).

Schwander ist bereits an der Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003 in den Vorstand und zum Vizepräsidenten der Auns gewählt worden und wird nun ab dem 1. Januar 2004 die Geschäfte der Auns ad interim leiten. Der Vorstand beschliesst zudem einstimmig, Schwander zuhanden der Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2004 als Auns-Präsident vorzuschlagen, was dann auch mit Akklamation geschieht. Er wird die Auns fortan bis zum Jahr 2014, also während rund zehn Jahren, als konsequenter, kompromissloser Kämpfer für die Unabhängigkeit und die Neutralität präsidieren.

\*

Am 1. Dezember 2003 wird der 56-jährige SVP-Nationalrat **Max Binder**, dipl. Landwirt aus Illnau ZH (und selbstredend auch Auns-Mitglied) zum Nationalratspräsidenten, also zum höchsten Schweizer gewählt. Er hat somit die Genugtuung, dass er am 10. Dezember vor der Vereinigten Bundesversammlung bekanntgeben darf: «... gewählt ist (...) Christoph Blocher». Neben dem Ja vor dem Standesamt und in der Kirche zur Ehe mit seiner Frau Ruth dürfte die Bekanntgabe von Blochers Wahl wohl die freudigste Wortmeldung seines Lebens sein.

Der neue Nationalratspräsident ruft die Parlamentsmitglieder eindringlich zu mehr Disziplin und Ordnung auf. Das Ansehen des Parlaments habe in den vergangenen Jahren abgenommen. Der Ratssaal sei zur wohl grössten Telefonkabine der Schweiz geworden, und «gewisse Kolleginnen und Kollegen haben den Saal zunehmend mit einer Verpflegungsstätte verwechselt». In der kommenden 47. Legislatur gebe es viele wichtige Sach- und Wahlgeschäfte, und trotz verschiedenen politischen Positionen müssten tragfähige Lösungen gefunden werden.

Binder schliesst mit dem Appell: «Die Schweiz ist ein Juwel, eine Perle, für die es einzustehen und zu kämpfen lohnt. Wir haben einen Eid oder ein Gelübde abgelegt auf unsere Bundesverfassung, unserem Land und unserer Bevölkerung treu zu dienen!» Und zum Zeichen dieser Verbundenheit lässt der neugewählte





Max Binder, Nationalratspräsident 2003/2004

Nationalratspräsident zur Eröffnung der Legislatur erstmals die Schweizer Nationalhymne singen.

\*

Im ersten «Grauen Brief» (zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik) des Jahres 2004 appellieren wir an alle Auns-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten, weitere Leute für eine Mitgliedschaft zu gewinnen und den fälligen Jahresbeitrag «aufzurunden». Begründung: «Das Engagement für die Volksbewegung Auns mit nunmehr über 41'000 Mitgliedern ist eine lohnende Investition für die Zukunft unseres Landes». Wir weisen darauf hin, dass wir erfolgreich gegen den EWR (1992), gegen Schweizer Blauhelme (1994), gegen die Staatssekretären-Vor-

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.  
Preis bis Ende 2022: Fr. 90.–

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,  
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03  
E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

AUS GRENDELMEIERS

### <<REICH DER MENSCHEN>>



Jaguar

Ob Fiat, Dööschoo, Maserati,  
Mercedes, Jaguar, Bugatti,  
Ferrari, Honda oder Rolls,  
ob usw. doch, was soll's -  
Ob PS-arm, ob PS-reich:  
Vor dem Stau sind alle gleich.

lage (1995), die EU-Beitrittsinitiative (2001) und die erpresste «Solidaritätsstiftung» angetreten sind, und dass wir den Kampf geführt haben gegen das Militärgesetz («Keine Schweizer Soldaten im Ausland – keine ausländischen Soldaten in der Schweiz», 2001), gegen den Beitritt zur politischen Uno (2002) und den milliardenschweren Asylmissbrauch. Fazit: «Es lohnt sich, in die Auns – und damit in die Zukunft der Schweiz als freies, unabhängiges, neutrales Land zu investieren.» Und in der Tat bringt dieser Aufruf einen beachtlichen Erfolg.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

## Die «Schweizerzeit»-Agenda

Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr

### Abstimmungsveranstaltung Covid-19-Gesetz

Kurt Egger (NR Grüne/TG pro), Thomas Schwager (KR Grüne/SG pro),  
Lukas Reimann (NR SVP/SG contra) und  
Pirmin Schwander (NR SVP/SZ contra).  
Alleeschulhaus, Alleestrasse 3, 9500 Wil/SG  
Veranstalterin: SVP Kreis Wil / Freunde der Verfassung Wil

Donnerstag, 11. November 2021, 19.30 Uhr

### Von Kandersteg nach New York

Öffentlicher Auftritt von alt Bundesrat Adolf Ogi  
Kirchgemeindehaus Jegenstorf, Iffwilstrasse 6, 3303 Jegenstorf/BE  
Veranstalterin: Stiftung «Freude herrscht»

Mittwoch, 17. November 2021, 20.15 Uhr

### Warum die Schweiz ein neues Militärflugzeug braucht

Referat von Brigadier Peter Soller, Kdt Lehrverband Flab 33,  
Moderation: Andreas Schürer, Rivedia (ex NZZ); anschl. Wurst, Brot  
und Bier/Mineral  
Limbergsaal, Wangen 5, 8127 Forch/ZH  
Veranstalterin: SVP Küsnacht ZH

Dienstag, 30. November 2021, 19.30 Uhr

### «Ja zur Schweiz»

Welche Kräfte bestimmen die Weltpolitik,  
welche die Schweizer Politik?

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit  
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau/AG

# Büchertisch

## BESTSELLER



### Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

**Daniel Regli**

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-)Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und selbstherrlicher Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.50



### Schweizer Armee in der Konzeptions-Sackgasse

Mit oder ohne Ausweg?

**Dr. iur. Rudolf P. Schaub**

Der Autor, Oberstleutnant aD, kritisiert in den letzten Jahren realisierte Armee-Reformen scharf und gründlich. Er geht aber nicht nur mit den Reformern hart ins Gericht – er zeigt auch Wege, wie die Armee ihre unverzichtbare Abschreckungswirkung wieder erlangen kann.

Aktiv-Verlag, Stans 2021, 120 S., geb., (Richtpreis Fr. 38.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.20



### Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

**Dr. C.E. Nyder**

Was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» betreibt: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25



### Der Bürgerkrieg kommt!

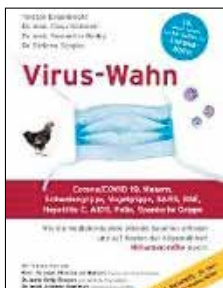
Die Vorboten von Aufstand und Revolution in Deutschlands Städten

**Stefan Schubert**

Wenn die Classe politique jenen Tausenden, die mit durchgesetzten Corona-Einschränkungen nicht einverstanden sind, den Dialog kategorisch verweigert und Forderungen mit ungeschminkter Diffamierung abschmettert, dann ist die demokratische Auseinandersetzung in Gefahr. Dann droht schliesslich Bürgerkrieg.

Kopp, Rottenburg 2021, 352 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25

## AKTUELL



### Virus-Wahn

Corona/Covid-19, Masern, Schweinegrippe ...

**Torsten Engelbrecht, Dr. med. Claus Köhnlein, Dr. med. Samantha Bailey, Dr. Stefano Scoglio**

Dieser bereits in zehnter Auflage erscheinende Bestseller analysiert eine als Seuchen-Politik etikettierte Strategie: Mittels Angst-Verbreitung soll die obrigkeitliche Lenkung selbst freiheitlicher Staaten auf Dauer durchgesetzt werden.

Emu-Verlag 2021, 519 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25



### Die Selbstgerechten

Mein Gegenprojekt – für Gemeinsinn und Zusammenhalt

**Sahra Wagenknecht**

Die Autorin, Fraktionschefin und Vize-Vorsitzende der deutschen Partei «Die Linke», steht politisch tatsächlich dezidiert links. In Ihrem neuen Buch rechnet sie indessen in einer Art und Weise mit den Cüpli-Sozialisten und ihrer Selbstgerechtigkeit ab, die einmalig ist. Lesenswert! Auch zur Unterscheidung von echtem und Lifestyle-Sozialismus.

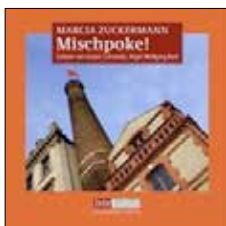
Campus Verlag, Frankfurt/Main 2021, 345 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

## HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



## Mischpoke!

**Marcia Zuckermann**

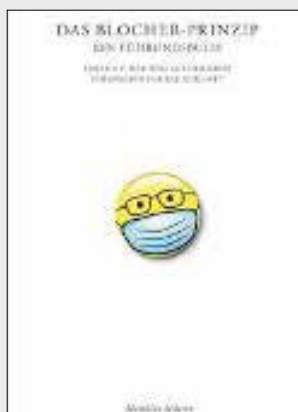
Ein herausragendes Werk: Die fast hundert Jahre umfassende Geschichte einer jüdischen Familie aus Westpreussen. Harte, existenzbedrohende Schläge

bleiben dieser Familie in wechselvollen Zeiten wahrhaftig nicht erspart. Deutlich aber wird, mit welcher Zähigkeit und Schlauheit einzelne Glieder immer wieder das Fortbestehen des Geschlechts irgendwie aufrechterhalten können. Auch diese Familie entgeht schwerster Verfolgung durch den Nationalsozialismus nicht. Mehrere Familienmitglieder bezahlen die Nazi-Exzesse mit ihrem Leben. Aber einige wenige entwickeln mit unglaublichem Spürsinn Ausweich-Strategien, die diesen wenigen das Überleben doch noch sichern. Das Betrauern der Opfer gehört zum familiären Erleben – unterdrückt aber nie jene Kräfte, die selbst schlimmsten Totalitarismus zu überleben helfen. Mischpoke – Durcheinander: Packend und lebendig gestaltet – hervorragend präsentiert – den Hörer während Stunden fesselnd.

Hörkultur, 2 Mp3-CD, Hördauer 716 Minuten, gelesen von Gesine Cukrowski, (Richtpreis Fr. 35.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30

Hörbücher: Spannende Unterhaltung auf langen Autofahrten und anregende Medizin gegen Stau-Ärger.

## BUCHZEICHEN



## Das Blocher-Prinzip

Ein Führungsbuch

**Matthias Ackeret**

Seit kurzem liegt die neunte Auflage dieses zeitlos aktuellen Bestsellers vor, ergänzt durch einen exklusiven Beitrag «Der Weg aus der Krise – Strategien für die Zukunft».

Christoph Blocher, bedeutendster Schweizer Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg und erfolgreicher Unternehmer, überflutet die Leser nicht mit Lawinen von Fremdwörtern und Fachbegriffen. Er argumentiert aus dem Alltag, wendet sich an die ganze Bevölkerung. Lebendig und lebensnah schildert er, wie überlegte und konsequente Führung Höchstleistungen ermöglicht – in der Wirtschaft wie in der Politik.

Matthias Ackeret: «Das Blocher Prinzip. Ein Führungsbuch. Exklusiv: Der Weg aus der Krise – Strategien für die Zukunft». Münster, Zürich 2021 (Schaffhausen 2007), 271 S., brosch., (Richtpreis Fr 29.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

## Bestellschein

## Schweizerzeit

## Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**  
 Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**

## Aktuell

- T. Engelbrecht ... – Virus-Wahn **à Fr. 29.25**  
 Dr. iur. Rudolf P. Schaub – Schweizer Armee ... **à Fr. 34.20**  
 Stefan Schubert – Der Bürgerkrieg kommt **à Fr. 29.25**  
 Sahra Wagenknecht – Die Selbstgerechten **à Fr. 32.30**

## Hörbuch

- Marcia Zuckermann – Mischpoke! **à Fr. 32.30**

## Buchzeichen

- Matthias Ackeret – Das Blocher-Prinzip **à Fr. 26.10**

## Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, [buechertisch@schweizerzeit.ch](mailto:buechertisch@schweizerzeit.ch)

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(21/05.11.2021)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



## TV-Sendungen

Freitag, 5. November 2021

### Magazin

**Covid-Abstimmungskampf in vollem Gang**

Ulrich Schlüer im Gespräch mit David Trachsel

Freitag, 12. November 2021

### Magazin

In Planung

#### Wichtiger Hinweis!

Die Schweizerzeit-Sendungen werden aktuell **nur online** ausgestrahlt. Sie können die Sendungen jeweils am Freitag ab 21.00 Uhr auf [www.schweizerzeit.ch](http://www.schweizerzeit.ch) sehen.



Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am

**19. November 2021**

## Missbrauchte Polizei

Hat die Schweiz, die bisher in vielen Bereichen viel besser als die anderen Staaten funktionierte, durch das Corona-Regime ihre «Unschuld» verloren? Oder hätten Sie es für je für möglich gehalten, dass normale, gutbürgerlich gesinnte Staatsbürger auf eidgenössischem Boden massive Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten beklagen müssen?

Kritik an der Polizei und dem Verhalten einzelner Polizisten gab es natürlich schon immer. Hauptsächlich Linke beklagen sich seit Jahr und Tag über vermeintlich zu hartes Vorgehen und anderes. Manchmal vielleicht zu Recht, manchmal aber auch zu Unrecht. Kritik ist – gerade in exponierten Positionen – völlig normal und gesund. Wir Rechten haben unseren Sicherheitskräften immer die Stange gehalten und tun das auch weiterhin. Das lange währende Vertrauensbündnis zwischen Polizei und Volk hat in den letzten Wochen allerdings spürbare Risse gekriegt.

Verstörende Videos, die dokumentieren, dass Polizisten friedlichen Trychlern mit voller Wucht Pfefferspray ins Gesicht schießen, machten bereits im Frühling die Runde. In letzter Zeit häuften sich aber die Vorfälle: Polizisten schlagen auf am Boden liegende, Schweizer-Kreuz-Hemden tragende Bürger ein oder beschiessen «urchige Männer von

nebenan» ohne Not mit Gummischrot. In Zermatt werden Wirte mit einem Riesen-Aufgebot abgeführt – nicht etwa wegen eines Mordes, sondern weil sich diese der Zertifikatspflicht verweigert haben. Solche Bilder lassen einem das Herz bluten!

Man mag es für unverantwortlich halten, dass auch Corona-Massnahmen-Kritiker mitunter unbewilligte Demonstrationen abhalten und sich nicht immer an das Gesetz halten. Wenn Polizeisprecher aber seit Jahren gegenüber linksradikalen Gewalt-Aufmärschen systematisches Nicht-Eingreifen mit dem «Gebot der Verhältnismässigkeit» begründen, ist die resolute Unterbindung friedlicher Proteste, wie sie anlässlich der sogenannten Corona-Demos neuerdings verordnet wird, nicht mehr nachvollziehbar.

Das Corona-Regime führt dazu, dass auf allen Seiten vermehrt «die Sicherungen durchbrennen». In besonderer Verantwortung stehen jetzt die Exekutivpolitiker und Polizeikommandanten. Tausende ehrenwerte Polizisten – ein Grossteil von ihnen ist eigentlich «auf unserer Seite» – dürfen nicht länger dazu missbraucht werden, Bundesrat Bersets irrsinniges Notrechts-Regime zu stützen.

# Schweizerzeit

## Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann,  
Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzi,  
Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,  
Isabel Villalon

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

Anian Liebrand